

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise  
sind in der Morgenausgabe angegeben  
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207  
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung:  
Geschäftstag 9-5 Uhr  
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,  
Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 202 - 207

## Frankreichs neue Regierungskrise.

### Die Sozialisten gegen das Kabinett Painlevé.

Paris, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Nationalrat der Sozialistischen Partei hat heute morgen gegen 2 Uhr nach mehrstündiger, sehr stürmischer Diskussion mit 1431 gegen 1228 Stimmen eine von Paul Faure eingebrachte Resolution angenommen, die dem Kabinett Painlevé das Vertrauen verweigert. Für die Politik Unterstützung sind u. a. eingetreten: die Genossen Léon Blum, Renaudel, Aurioi und Grumbach, gegen sie Paul Faure, Compère-Morel, Lebas und Zyromski.

In seinen Schlussworten wies Léon Blum darauf hin, daß der Nationalrat vollständig frei in seinen Entschlüssen sei, da die politische Kommission in ihrer Unterredung mit Painlevé diesem gegenüber keinerlei Verpflichtung übernommen habe. Auf der anderen Seite aber müsse die Fraktion verlangen, daß der Nationalrat eine unzweideutige Entscheidung treffe.

Blum wies darauf hin, daß das neue Ministerium Painlevé nicht mehr das gleiche sei, wie das erste. Wenn die Sozialisten ihm ihr Vertrauen verweigerten, oder sich der Stimme enthalten würden, dann sei eine neue Kabinettskrise unvermeidlich, die nur durch Herriot gelöst werden könne, dem einzigen Politiker, der das Vertrauen der gesamten Linken genieße. Dann allerdings werde die sozialistische Fraktion wahrscheinlich vor die Notwendigkeit gestellt werden, an der Regierung teilzunehmen und wenn sie dies wiederum ablehne, dann könne die umgekehrte Folge eintreten, daß die Radikalsozialistische Partei erkläre, die Sozialisten sollten allein die Regierung bilden, und sie würde ihnen gegenüber die Politik der Unterstützung üben, eine Eventualität, die für die Partei keineswegs wünschenswert sei. Wenn diese aber fortjähre, im Bande den Eindruck zu erwecken, daß sie nur zu zerstören verstehe, werde man sich nicht wundern dürfen, daß der Gedanke einer Diktatur mehr und mehr an Boden gewinne.

Der gefasste Beschluß stellt Painlevé, der unter diesen Umständen auf eine Mehrheit von links nicht mehr rechnen kann, vor die Entscheidung, ob er mit einer sogenannten Konzentrationmehrheit, d. h. mit Unterstützung der Opposition regieren oder aber die aus seinem wiederholten Bekenntnis zu der Politik des 11. Mai unerlöschlichen Konsequenzen ziehen will. In der Unterredung, die er gestern abend mit Vertretern der Sozialistischen Partei gehabt hat, hat er sich, wie Léon Blum darüber im Nationalrat berichtete, in diesem Sinn unzweideutig geäußert: Schon die Natur der Projekte, auf die er im Parlament einzugehen beabsichtige, zwingt ihn, auf keine andere Mehrheit zu rechnen, als diejenige, auf die sich das Kabinett Herriot gestützt habe. Wenn deshalb die Kredite für Marokko und Syrien nur mit Hilfe der Radikalen verabschiedet werden könnten, würde er nicht länger an der Spitze der Regierung bleiben können. Unter diesen Umständen ist schon für die nächsten Tage mit einer neuen Regierungskrise zu rechnen.

Heber die Debatte im Sozialistischen Nationalrat erzählt Ill. noch folgendes:

Als erster Redner sprach Zyromski, Mitglied der sozialistischen Seinerföderation. Die Erklärungen Painlevés über Marokko und Syrien seien durchaus unbefriedigend und

ständen im schroffen Widerspruch zu den Beschlüssen des letzten sozialistischen Kongresses.

Compère-Morel erklärte, die bisherige Politik Painlevés sei nicht dazu angetan gewesen, Vertrauen zu erwecken. Painlevé werde es nicht gelingen, auch nur einen Teil seiner Versprechungen zu halten. Unter den gegebenen Umständen seien nur einschneidende revolutionäre Maßnahmen am Platze. Eine Regierung sei nötig, die sich gegebenenfalls über die Rechtmäßigkeit hinwegzusetzen wisse.

Paul Faure sagte, daß nur revolutionäre Maßnahmen angezeigt seien. Painlevé habe die sozialistischen Delegierten mit nichts sagenden Phrasen empfangen. Der Redner meint, daß nur zwei Möglichkeiten beständen: Entweder werde ein Kabinett Herriot gebildet und die Sozialisten würden zum Eintritt in die Regierung aufgefordert, damit die Maßnahmen der Kapitalsteuer auf ihre und die Verantwortung der Radikalsozialisten beschlossen würde. Faure nimmt jedoch gegen diese Möglichkeit Stellung, da das Marokkoproblem der wahre Stein des Anstoßes sei. Man dürfe nicht vergessen, daß Herriot in dieser Frage genau so dente, wie Painlevé. Die zweite Möglichkeit sei die Bildung eines sozialistischen Kabinetts.

Das Wort hat nun Grumbach, der dafür eintritt, daß man dem Kabinett Painlevé bedingtes Vertrauen schenke. Man dürfe nicht die Verantwortung dafür auf sich nehmen, das Kabinett gleich am ersten Tage gestürzt zu haben. Es wäre verfehlt, die Regierung nur nach dem Letzt ihres Programms zu beurteilen. Man werde besser daran tun, mit der endgültigen Stellungnahme bis zum Eindringen der Finanzprojekte zu warten. Schließlich dürfe man auch nicht übersehen, daß durch eine neue Kabinettskrise die Ergebnisse der Konferenz von Locarno aufs Spiel gesetzt würden.

Der Abgeordnete Lebas kommt zu dem Schluß, daß die Finanzprojekte Painlevés durchaus ungenügend seien, da sie einmal eine neue Banknotenemission für Dezember vorsehen und außerdem eine Erhöhung der Einkommensteuer. Es sei richtig, daß Painlevé auch eine besondere Steuer aus dem Beschluß plane, doch werde diese Maßnahme erst nach 12 bis 15 Jahren voll in Kraft treten.

Renaudel schließt sich den Worten Grumbachs an, wünscht, daß dem Kabinett Painlevé eine Frist von 8 bis 14 Tagen gegeben werde.

Grade hält es für das Wichtigste, daß die sozialistische Parlamentsgruppe unabhängig vom Nationalrat über die Stellungnahme zum Kabinett Painlevé beschließt.

Blum widerspricht mit großem Nachdruck. Die Stimmenthaltung und die Stellungnahme gegen das Kabinett seien praktisch genommen ein und dasselbe. In einem wie im anderen Fall werde das Kabinett gestürzt werden. Es käme dann zu einer neuen Kabinettskrise, die nur ein Mann beschwören kann, der eine Mehrheit bei den Linksparteien hat. Ein neues Kabinett Herriot sei daher unausbleiblich. Wenn wir die Radikalen in die Notwendigkeit versetzen, allein zu regieren, fährt der Redner fort, so würde das Land nicht begreifen, warum wir nicht mit ihnen gemeinsam die Regierung übernehmen; und man kann uns vielleicht auffordern, das Kabinett allein zu bilden. Wir dürfen im Bande nicht den Eindruck erwecken, daß die Sozialistische Partei nur zerstört und nur oppositionsfähig ist. Dieser Eindruck könnte dazu führen, daß das Land Lust zur Diktatur bekommt.

## Belgien für die Räumung.

### Die Vorbereitung in „vollem Gange“.

Moers, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Die administrativen Vorbereitungen der Räumung der dritten Zone sind bei den belgischen Befehlshabern im vollen Gange.

## Die Türkei als „Sicherheitsfaktor“.

London, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag erfolgte in Angora die Eröffnung des Parlaments mit einer großen Programmrede des Präsidenten der türkischen Republik. Fes und Turbans waren verschwunden, alle Abgeordneten erschienen in europäischer Kleidung und entblößten Köpfe. Das Präsidium trug den Frack, Kemal Pascha war in Frack und Zylinder. Er sprach, wiederholt von demonstrativem Beifall unterbrochen und sich eng an das Manuskript haltend, fast dreiviertel Stunden: Mit allen Mitteln beabsichtige das türkische Volk die Wohlfahrt der modernen Zivilisation zu genießen. Auf diesem Wege gebe es kein Halten. Die bisher erzielten wirtschaftlichen und finanziellen Fortschritte der Nation seien ausschließlich den republikanischen Prinzipien zu verdanken, die auch in Zukunft Geltung haben und ausgebaut werden sollen.

Von besonderer Bedeutung sei heute in der Auswärtigen Politik des Landes die Lösung der Mosulfrage. Das ganze Land bewege diese Angelegenheit und wenn auch die rechtliche Lage der Türkei auf Grund eines Berichts der Völkerbundskommission härter geworden wäre, so habe die Lösung doch nochmals neuen Aufschwung erfahren. Mit aller Entschiedenheit ermarte die türkische Regierung, daß eines Tages doch endlich das Recht anerkannt werde. Den Schluß der Rede bildeten einige Worte über Locarno. Die gegenseitige Sicherheit sei die Basis des Glückes aller Nationen, aber wenn die Sicherheit nicht auf alle Völker ausgedehnt werde und der Waffenhandel nur unter der Kontrolle einiger Völker stehe, würden gewisse Länder anderen überlegen sein.

Im Anschluß an die Rede des Ministerpräsidenten vollzog das Parlament die Wahl seines Vorsitzenden. Als Präsident wurde mit 176 gegen 3 Stimmen der alte Präsident Nazim wiedergewählt. Er sagte in seiner Dankrede für das ihm geschenkte Vertrauen u. a.: Der Kampf des gegenwärtigen Parlaments gegen die alte türkische Mentalität werde in der ganzen Welt mit Beifall begrüßt.

## Persien ohne Schah?

Von Erwin Barth.

In Persien ist der Schah abgesetzt worden. Das wird ihm wahrscheinlich nicht sehr nahe gegangen sein. Dieser junge Mann, der, als er den Thron seiner Väter bestieg, noch ein Kind gewesen ist, ein harmloses, fettleibiges, vierzehnjähriges Büschchen, amüsiert sich seit dem Jahre 1923 ohne Unterbrechung an der französischen Riviera. Er fand wahrscheinlich keinen wesentlichen Unterschied darin, ob er die Staats-einkünfte in Teheran verzehrt oder in Europa. Um die Staatsgeschäfte hat er sich nachweislich niemals gekümmert. Insofern hat er entschieden eine noch schlechtere Zensur als seine Vorfahren. Die Kadtscharendynastie Persiens ist 130 Jahre alt geworden. Sie ging aus von einem turkotatarischen Volksstamm in Masanderan im Norden Persiens. Trotzdem diese Dynastie in der ersten Hälfte des vergangenen Jahrhunderts ein paar fähige Köpfe hervorgebracht hatte, ist sie doch niemals in Persien richtig populär geworden. Aus der Unpopularität wurde Feindschaft. Urogrovater, Grovater und Vater des jetzt abgesetzten Schahs, haben durch wiederholte, sehr kostspielige und ausschweifende Vergnügungsreisen nach Europa den Staat in Schulden und in finanzielle Abhängigkeit von Rußland und England gebracht. Der Urogrovater Rühr ed Din wurde deshalb ermordet. Der Grovater Mujastr ed Din mußte 1906 auf seine Despotenrechte verzichten, eine moderne Verfassung anerkennen und ein Parlament (Medschlis) mit der Gesetzgebung betrauen. Der Vater, Mohamed Ali, war ein grausamer Reaktionär und Zarentreue, der von seinem Volke zum Teufel gejagt wurde und unlängst in Europa in der Verbannung gestorben ist. Der letzte Kadtschar, Achmed, lebte seit genau zwei Jahren in freiwilliger, amüsanter Verbannung in Südfrankreich, lehnte zugunsten seines Wohllebens ab, nach Persien zurückzukehren und hat nun ebenfalls den Auspaß erhalten.

Societ über die Vergangenheit der Kadtscharen.

Seit dem Jahre 1921 übt die tatsächliche Gewalt in Persien ein Mann aus dem Volke, Risa Khan, aus. Er war einfacher Soldat in der persischen Kosakenbrigade gewesen, die unter der Führung russischer Offiziere zwar formell ein Stück der persischen Armee war, in Wirklichkeit aber Instrument der russischen Außenpolitik in Persien gewesen ist. Dort hat er häufig Gelegenheit gehabt, gegen die persische Regierung auszurücken. In einer neuen, aus dem Jahrhundert alten Streit zwischen Rußland und Persien geborenen Regierungskrise stand er plötzlich auf, und seine Kameraden von der Kosakenbrigade folgten ihm. Er jagte den neu ernannten Oberbefehlshaber zum Teufel, übernahm selbst die Militärleitung im Staate und wurde im Ru auch Premierminister und der starke Mann, der die Regierungsgeschäfte zügelte. Auf seine Initiative hin und unter seiner Autorität wurden die im Jahre 1911 unterbrochenen Arbeiten zur Sanierung der Finanzen wieder aufgenommen. Die in allen Ecken des Reiches mehr oder minder auffällig gewordenen mächtigen Nomadenstämme, zuletzt der Scheich von Mohamera, wurden zur Raision gebracht. Die Kraft dieses armen Bauernsohnes äußerte sich nicht nur in militärischen Operationen. In ihm wurde eine seit langen Jahrzehnten vermisste ausgesprochene Staatsmännliche Begabung sichtbar, die sich sofort der inneren Organisation des Landes widmete. Was bisher noch kein muslimanischer Staat fertig gebracht hat, auch die Türkei nicht, was aber eine elementare Voraussetzung für die Organisierung des Volkskörpers ist, ein regelrechtes Personenstands-gesetz mit der Errichtung von Standesämtern, das hat er geschaffen. In Persien werden fortan die bombastischen Titel der aristokratischen Oberschicht ebenso verschwunden bleiben, wie die Benennung der etwa neun Millionen Einwohner nur nach dem Vornamen. Die sechshafte Bevölkerung hat jetzt schon zum größten Teil registrierte Familiennamen, und die Nomadenstämme werden sie in absehbarer Zeit haben. Persien ist auf dem Wege zu einem geordneten Staat.

Frägt man nach den unmittelbaren außenpolitischen Auswirkungen des persischen Regimes, so ist ohne Zweifel die russische Regierung berechtigt, sich die Hände zu reiben und die englische veranlaßt, mit den Zähnen zu knirschen. Man braucht nicht aus der Vergangenheit Risa Khans herzuleiten, daß er ein besonderer Ruffreund ist. Daß er aber der Sowjetregierung weniger voreingenommen als der englischen gegenüber steht, ergibt sich von selbst aus der großen Geste der Moskauer Regierung, die mit einem Federstrich sämtliche russisch-persischen Schulden beseitigte und sich machtpolitisch im Gegenzug zur Zarenregierung, nicht mehr in die inneren Angelegenheiten in Persien einmischte. Die monarchistische Clique hat jüngst erst noch einmal versucht, unter dem Beistand Englands zu putzen und Risa Khan das Staatssteuerverbot zu entwinden. Auch in den letzten Aufständen im Süden war die englische Hand sichtbar. Während früher in regelmäßiger Abwechslung unter zaristischem und englischem Einfluß gepuscht wurde, um in der Regierung in Teheran das russische oder englische Kolonialsystem zu fördern, gilt heute Rußland als wohlwollender Nachbar und England als verdächtiger Imperialist. Persien ist heute ebenso wie die anderen Zentral- und Ostasiatischen Staaten, von sehr großem Vertrauen in die russische Loyalität, die Unabhängigkeit des Landes zu achten, erfüllt. Schließlich ist Persien auch aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen, sich gegen England zu wenden, weil die reichen Petroleumvorkommen des Landes vom englischen Kapital ausge-

## Die Parteiführer beim Reichskanzler.

### Fraktionsführungen im Reichstag.

Heute vormittag 11 Uhr empfing der Reichskanzler die Parteiführer der im Kampfkabinett vertretenen Parteien zu einer eingehenden Aussprache. An der Besprechung nahmen auch Reichsaußenminister Dr. Sirefemann, der heute vormittag aus Königsberg zurückgekehrt ist, und Reichsarbeitsminister Brauns, teil.

Gleichfalls um 11 Uhr trat die deutschnationale Reichstagsfraktion im Reichstag zusammen, nachdem um 10 Uhr der Vorstand der Fraktion getagt hatte. Auf der Tagesordnung der Deutschnationalen Fraktionsführung steht als einziger Punkt: „Unsere nächsten Maßnahmen zur politischen Lage“.

Heute nachmittag 3 Uhr tritt auch die demokratische Reichstagsfraktion zusammen, um zu der parlamentarischen Lage Stellung zu nehmen. Es ist anzunehmen, daß bis dahin das Ergebnis der Parteiführerbesprechungen beim Reichskanzler vorliegen wird.

## Löbes Rückkehr.

Der Reichstagspräsident Löbe ist am 29. Oktober mit der „Deutschland“ von Amerika abgefahren. Das Schiff trifft am 8. November in Hamburg ein, so daß der Reichstagspräsident voraussichtlich am Montag, den 9. November, wieder im Reichstage anwesend sein wird.

## Labours Erfolge.

London, 3. November. (M.I.) Bei den Gemeinderatswahlen in 300 Städten und Gemeindebezirken von England und Wales sind nach den bisherigen Ergebnissen folgende Gewinne und Verluste der verschiedenen Parteien zu verzeichnen:

London: Arbeiterpartei Gewinne 35, Verluste keine, Municipal-reformer Gewinne 4, Verluste 20, Fortschrittler Gewinne 6 und Verluste ebenfalls 6.

In den übrigen Bezirken haben die Konservativen 26 Siege gewonnen und 49 verloren, die Arbeiterpartei 73 Siege gewonnen und 25 verloren, die Liberalen 11 Siege gewonnen und 33 verloren. Weitere Ergebnisse werden erst im Laufe des heutigen Tages bekanntgegeben.

beutet werden, Russland hingegen hat seit dem Ende der Jarenherrschafft aufgehört, in Persien wirtschaftliche Güter zu ziehen.

Nach dem Beschluß des persischen Parlamentsausschusses ist die Kadsharenndynastie abgesetzt. Ob sie einen Nachfolger bekommt und wer es sein wird, geht aus dem Beschluß noch nicht hervor. Das ist die Sorge späterer Tage. Es weiß auch noch niemand, ob das Reich des Sonnenkönigs künftig eine Monarchie oder Republik sein wird. Wird Persien Republik, so ist Risa Khan ihr Präsident, bleibt Persien Monarchie, so ist Risa Khan wahrscheinlich ihr Schah. Das ist für orientalische Verhältnisse nichts Außergewöhnliches. Die Orientalen sind in dieser Hinsicht vorurteilsloser als die Westeuropäer. Für einen Mann an der Spitze des Staates ist es im Orient kein Makel, aus einem armen Haus zu stammen, es ist im Gegenteil ein besonderer Anlaß zur höchsten Achtung.

Es ist auch nicht von entscheidender Wichtigkeit, welche Regierungsform für Persien beschlossen werden wird. In diesem weiten Land, in das man Deutschland ein paarmal hineinsetzen kann, mit seiner dünnen meist analphabetischen Bevölkerung, seinen unwegsamen Gebirgen, seinen weiten Salzweiden und Steppen, mit seiner Armut an Verkehr und Verkehrsmitteln, ist an eine Staatsordnung nach europäischen Begriffen auf lange Zeit hin nicht zu rechnen. Dort wird jede Regierung, mehr als das in Europa notwendig ist, den Stempel einer Persönlichkeit tragen müssen, wenn das Land vorwärts kommen will. Den Staub zerbrochener Jahrhunderte auszuwegen, die persischen Völker von der Ausbeutung des Landabends zu befreien, das Land, in dem sich heute noch die Wirkungen der ethnographischen Zerrissenheit seit den Araber- und Mongoleninvasionen zeigen, zu einer gemeinsamen Nationalität zusammenzufassen und es insbesondere aus der tragischen Rolle zu befreien, die es seit hundert Jahren als Spielball zwischen dem zaristischen und englischen Imperialismus spielen mußte, das ist für den persischen Staatsmann die entscheidende Aufgabe.

Die große Politik wird durch die Verjagung der Kadsharen in Persien nicht unmittelbar berührt werden, weil Persien auf lange Zeit hinaus mit der inneren Ordnung voll beschäftigt sein wird.

### Neue Berausung.

#### Die neuen kommunistischen Phrasen.

Es war bisher die Taktik der kommunistischen Partei, ihre Anhänger in einem durch scheinrevolutionäre Phrasen erzeugten Rauschzustand zu halten, der sie verhindern sollte, die Wirklichkeit zu sehen und die Tätigkeit ihrer Partei mit den notwendigen politischen Aufgaben der Gegenwart zu vergleichen. Die Phrase von der Weltrevolution und das Schlagwort der Diktatur des Proletariats beherrschten Agitation und Politik der kommunistischen Partei.

Das Ergebnis der kommunistischen Parteikonferenz und die Besprechung dieses Ergebnisses in der „Roten Fahne“ zeigen, daß sich im Wesen daran nichts ändern wird. Die Stellung der russischen Exekutive und der große Führerschaublenen zwar Symptome einer Ernüchterung zu sein. Auf jeden Fall aber sucht die neue kommunistische Führung zu verhindern, daß die Ernüchterung die Massen der kommunistischen Anhänger ergreift. Zu diesem Zwecke werden ihnen neue Rauschstoffe in Gestalt neuer scheinrevolutionärer Schlagworte verlegt. Es heißt in der „Roten Fahne“:

„Langsam, schrittweise, aber mit eiserner Notwendigkeit reißt in Deutschland eine neue, eine zweite Revolution heran, auf deren Tagesordnung die Diktatur des Proletariats steht.“

Als Hauptlösung der kommunistischen Partei für die Politik der nächsten Zeit werden bezeichnet: 1. Schaffung eines starken Linksblocks in der deutschen Arbeiterbewegung. 2. Arbeiter- und Bauernregierung. 3. Ein unabhängiges sozialistisches Deutschland im freien Bündnis mit der Sowjet-

union.“ Dazu: „Schärfster Kampf bis zur Einsetzung der Existenz unserer Partei gegen den Kriegspakt von Locarno“.

Die neuen Phrasen, die die Kommunisten herausuchen sollen, unterscheiden sich von den alten nur in einem. Früher schob man den Gedanken der Diktatur des Proletariats, des Bürgerkriegs innerhalb der Nationen in den Vordergrund, jetzt den Gedanken des Bürgerkriegs zwischen den Nationen.

Auf jeden Fall sollen die Massen in Kriegsstimmung und Kriegsbegeisterung gehalten werden. Mit einer nichternen Einschätzung der tatsächlichen politischen Verhältnisse hat diese neue Phrasenpolitik nicht das Mindeste zu tun. Sie entspricht nicht einmal dem Bild, das sich die Realpolitiker Sowjetlands von der internationalen Entwicklung der nächsten Zeit machen. Denn man weiß in Russland recht gut, daß die Linie nicht zu einem europäischen Krieg zwischen West und Ost geht, sondern zur Verständigung der Nationen untereinander. Bei dieser Sachlage wirken die theatralischen Deklamationen über den „schärfsten Kampf bis zur Einsetzung der Existenz der Partei gegen den Kriegspakt von Locarno“ nur lächerlich.

### „Laut und freudig.“

#### Schieles Bekenntnis zu Locarno.

Das „Berliner Tageblatt“ hält seine Behauptung, Herr Schiele habe sich im Kabinett mit einem „lauten und freudigen Ja“ zu Locarno bekannt, gegenüber dem sehr vorsichtigen und formalen Dementi im W.B. vollkommen aufrecht. Die „Berl. Volkszeitung“ erzählt noch dazu, daß sich Herr Schiele in der Abschiedsrede mit Tränen im Auge von seinen bisherigen Kollegen getrennt habe.

Die Rechtspreffe dagegen findet kaum genug Worte der Entrüstung über den „Schwindel des B. T.“

Ob nun Herr Schiele laut und freudig Ja gesagt hat oder leise und mißvergnügt, ist nicht entscheidend. Entscheidend ist, daß er Ja gesagt hat, und daß er das getan hat, ebenso wie Schlieben und Reuhaus, geht aus den Akten hervor, die die Reichsregierung veröffentlicht hat.

Um diese entscheidende Tatsache geht die Rechtspreffe herum wie die Kacke um den heißen Brei. Ja, sie versucht sogar, aus der klaren Annahmeformel des Kabinettsbeschlusses so etwas wie eine Ablehnung herauszudestillieren. Das legt die Frage nahe, warum denn die drei abgehaltene deutschnationalen Minister nicht selber das Wort ergreifen, um ihren Standpunkt klarzulegen. Warum sagen sie nicht selber, wie sie im Kabinett gestimmt haben und aus welchen Gründen sie so gestimmt haben? Fehlt ihnen das Gefühl für die tägliche Rolle, die sie spielen, oder hat ihnen ihre Partei das Reden verboten?

### Das Unglück auf Zeche Holland.

#### Noch kein Untersuchungsergebnis.

Wattenscheid, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Auf Anfrage teilt die Zechenleitung mit, daß die amtliche Untersuchung über die Unglücksursache bisher noch kein endgültiges Ergebnis gezeitigt hat. Anfang nächster Woche wird eine parlamentarische Untersuchungs- und Sicherheitskommission eintreffen, um die Unglücksstelle zu besichtigen. Die Aufräumungsarbeiten an der Unglücksstelle selbst werden so lange hintangehalten, bis ein greifbares Ergebnis der Feststellungen der Untersuchungskommission vorliegt. Der Betrieb wird hierdurch in keiner Weise gehemmt. Der Oberstaatsanwalt hat bis Dienstag vormittag die Leichen noch nicht freigegeben. Aus diesem Grunde konnte der Termin für die Beisetzung der Opfer noch nicht angelegt werden.

Aus Kreisen der Bergarbeiter wird zu dem Unglück mitgeteilt, daß bisher keine besonderen Klagen über Gasaustritt in den Flözen der Zeche Holland I und II bekannt geworden sind. Die Betriebsanfrage sei als durchaus in Ordnung zu bezeichnen, auch sei das Gesteinstaubabsaugungsverfahren ziemlich durchgeführt.

### Wahlgeider und Erntezulagen.

#### Entrüstung bei den Agrariern.

Vor einigen Tagen berichteten wir über den Beschluß einer Landbundesversammlung im Kreise Oberbarnim, wonach die Kosten für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen durch Umlage auf die Landbundesmitglieder aufgebracht werden sollen, da die politischen Parteien kein Geld in der Kasse hätten.

Im Anschluß daran wiesen wir darauf hin, daß Landwirte des Kreises sich geweigert haben, den Landarbeitern Erntezulagen zu bezahlen.

Diese Mitteilung hat nun den „Verband der land- und forstwirtschaftlichen Arbeitgeber des Kreises Oberbarnim“ zu einer energischen Zusage an die „Deutsche Tageszeitung“ angeregt, in der es nur so hagelt von „Gemeinheit“, „Lüge“, „Demagogie“ usw. Der Arbeitgeberverband behauptet, er habe genau die Erntezulage bezahlt, die der Schlichter Wissell im Juli zu bewilligen bat!

Da ist sicher ein kleiner Irrtum: Der Arbeitgeberverband pflegt doch sonst wohl nicht Löhne zu zahlen, sondern höchstens ihre Zahlung zu empfehlen. Aber darüber hinaus vermessen wir die Versicherung, daß alle Landwirte des Kreises die vom Schlichter empfohlene oder „erbetene“ Zulage wirklich bezahlt haben. Wie unser Gewährsmann uns auf Rückfrage mitteilt, können viele Landwirte des Kreises nachhaft gemacht werden, die sich trotz der Tatsache, daß die Arbeitgebervereinigung den Vergleichsvorschlag auf Zahlung einer Erntezulage annahm, weigerten, die Erntezulagen zu leisten. Der Arbeitgeberverband hätte also klüger getan, sich erst hiervon zu überzeugen, als sofort Entrüstungsschreiben zu versetzen.

Am übrigen bleibt die Tatsache bestehen, daß sich die angeblüh notleidenden, im Landbund zusammengefaßten Landwirte des Kreises Oberbarnim bereit erklärten, die Wahlkosten für die Kreis- und Provinziallandtagswahlen durch Umlage pro Morgen Grundbesitz aufzubringen, weil nach ihrer Auffassung die ihnen nachstehenden politischen Parteien kein Geld in der Kasse haben!

### Das Kronprinzliche Tafelgeschirr.

Um das Hochzeitsgeschenk der preussischen Städte an den ehemaligen Kronprinzen des Deutschen Reiches geht bekanntlich seit Monaten ein Streit. Wir haben am 17. Oktober mitgeteilt, daß der Kronprinz es abgelehnt hat, eine Deputation der Städte zu empfangen. Dazu schreibt uns der Führer dieser Deputation, Oberbürgermeister K. Kermann-Stettin, eine Berichtigung, in der es heißt:

„Die Nachricht, daß der ehemalige Kronprinz des Deutschen Reiches den nachgesuchten Empfang einer Deputation preussischer Städte in Dels zum Zweck einer Aussprache über das Silbergeschenk der Städte zu seiner Hochzeit abgelehnt habe, ist unzutreffend. Weder hat die fragliche Kommission bisher einen Empfang in Dels nachgesucht, noch ist irgendein sonstiger von ihr gestellter Antrag bisher vom Kronprinzen abgelehnt worden.“

Es mag richtig sein, daß diese Berichtigung formell zu Recht besteht. Die Verhandlungen werden nämlich zwischen der Kommission der Städte und dem Rechtsvertreter des Kronprinzen in Berlin geführt. Von diesem Herrn stammt auch die von uns zitierte Bemerkung, daß der arme Kronprinz bisher „nur Landant von seinem Volke geerntet“ habe. Man geht wohl nicht fehl, wenn man annimmt, daß der Kronprinz über die Taktik seines Rechtsvertreters unterrichtet ist und daß er die Ablehnung eines Besuchs in Dels durchaus billigt. Die tapfere Kommission der drei Oberbürgermeister sollte sich deshalb endlich entschließen, ihren Auftrag zurückzugeben, da die bedauerlicherweise höfenzollern offenbar kein Stück des kostbaren Silbergeschenkes entgegen können. Das „undankbare“ Volk wird es seinen „dankbaren“ höfenzollern sicher fleis gedenken.

Die „Welt am Abend“, das Berliner kommunistische Abendblatt, teilte in ihrer Nummer vom Sonnabend mit, daß sie wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten ihr Erscheinen einstellt. Als wir dies vor einiger Zeit ankündigten, glaubte das Blatt die Nachricht dementieren zu dürfen.

### Erinnerungen an Totes und Lebendiges.

Von Kurt Singer.

Der Toten sei zuerst gedacht: mit Friedrich Rösch ging ein Mann in die Ewigkeit, dessen Wirken der Öffentlichkeit nicht so bekannt sein dürfte wie den Musikern und musikalischen Organisationen. Als Vorsitzender des Allgemeinen deutschen Musikvereins hat er sich jahrelang um die Zusammenfassung und Ordnung weit auseinanderstrebender Musiktendenzen bemüht. Er war eine kämpferische Natur, doch stets durchdrungen von der Berechtigung seiner Pläne und Vorstöße, gewappnet mit allem Rüstzeug der Gegenwart. Anfanglich Jurist, wurde er schon in den achtziger Jahren Musiker, dirigierte, komponierte, schrieb Kritiken. Sein eigenständiges Lebensziel setzte er sich mit der Organisation der Genossenschaft der Tonkünstler und ihrer Familienanbahnung. Für dieses, sein Werk das er mit Richard Strauß und Hans Sommer 1898 ins Leben rief, hat er bis zum letzten Tag geschaffen und gedacht. Durch diese Gründung sollten die Musiker vor Ausnutzung geschützt werden, und eine großzügig gedachte Kulturabgabe sollte neben dem sozialen Schutz auch noch eine Förderung der deutschen Musik gewährleisten. Am aufrechten, streitbaren Musiker, auch dann zu schätzen und zu achten, wenn sein Denken und Handeln die übliche Linie des Gefälligen und allgemein Anerkannten verließ.

Ein stiller Augenblick des Gedankens für die plötzlich verstorbene, unserer Lesern gut bekannte Paula Weinbaum. Die Gattin des als Pianist und Dirigent der „Typographia“ hochgeschätzten Alexander Weinbaum hat in den Konzerten dieses Männerchors oftmals die Hörer in Hochstimmung versetzt. Sie war eine kultiviertere Sängerin, ihr Alt hatte menschlich belebten Ausdruck, war technisch wohlgebildet und fügte sich außerhalb der solistischen Tätigkeit wohlwollend einem Ensemble ein. Ihr großes Können, ihre Hilfsbereitschaft gerade gegenüber den sozial schlecht gestellten Organisationen, aber auch ihre Mitwirkung in den Orchestern und anderen Konzerten, wie als Wiederbegerin lassen uns in Verbindung mit der sympathischen Menschlichkeit ihres Wesens unversehrt bleiben.

Von den Toten zum Lebendigen. Das Sternsche Konservatorium feierte am 1. November sein 75jähriges Bestehen. Wilhelm Klatte und Ludwig Nisch haben in einer für den Historiker wertvollen, statt und anregend geschriebenen Schrift das Werden und die Bedeutung des Sternschen Konservatoriums geschildert. Es braucht hier nur gesagt zu werden, daß dieses Institut das erste war, das in Berlin überhaupt die Möglichkeit der musikalischen Fachausbildung bot, und zwar lange bevor die Hochschule für Musik errichtet wurde. An Qualität des Lehrpersonals und erstmuskantlicher Durchbildung ist das Sternsche Konservatorium später nur vom Scherrens-Konservatorium erreicht worden. Als die Hochschule gegründet war, wurden — das ist ehrenvoll zu erzählen — eine Anzahl bedeutender Lehrkräfte des Konservatoriums

von der Staatlichen Akademie übernommen, die ja ganz andere Ziele hatte: nämlich die Ausbildung zum Fachmusiker, Lehrer und Virtuosen. Das Schicksal des Sternschen Konservatoriums, das mit großen Orchesterkonzerten und Opernaufführungen auch jetzt wieder seinen Wert bestätigt, ist ein großer Namen gefeiert gewesen: Professor Julius Stern (1830—1883), der mit Kullak und Adolf Bernhard Marx die Schule gründete und daneben durch den Sternschen Gesangverein eine führende Rolle im Berliner Musikleben spielte; Jenny Meyer, die mehr als 25 Jahre an der Spitze des Instituts stand, Gustav Holländer, dessen pädagogische Tätigkeit noch in unserer aller Erinnerung lebt und dessen Regierungszeit sozusagen die Höhe des immer mehr wachsenden Instituts darstellt. Mit seinem Tode übernahm Alexander v. Filly die Direktion des Hauptinstituts. Ohne zu überstreben darf man mit einem von Herzen kommenden Glückwunsch die Schlußsätze der Festschrift zitieren: „Dreihundert Jahre hindurch hat das Sternsche Konservatorium als Stätte ernster Kunstszelung bestanden. Von Künstlern ist es ins Leben gerufen; künstlerischer Geist ist aus ihm nie geschwunden. Der Geist einer Geschichte von Bedeutung ist in dem Institut lebendig, nicht im Sinne einer hemmend zur Selbstgenügsamkeit verleitenden Tradition, sondern als stetige Anspannung aller kräfteantreibenden Elemente, als Quell für den starken Idealismus, der erst aller Kunstlehre Weisheit und Wirksamkeit gibt. Möge dem Institut dieser Geist nie erlöschen!“

### Mystische Philosophie auf der Bühne.

Pirandello enthält gern sein warmes Gefühl für das schmerzvolle Dulden einer Mutter, der sich allmählich das geliebte Kind entfremdet. Und ein noch zarteres Lied auf die Mutterliebe „Besser als früher“ ist seine Tragödie „Das Leben, das ich dir gab“, die gestern im Renaissance-Theater zum ersten Male aufgeführt wurde. Nach sieben langen Jahren der Abwesenheit kehrt der Sohn ins mütterliche Heim zurück, nachdem er sein Herz an Lucia, eine verheiratete Frau, verschent hat. Und stirbt innerhalb zweier Tage in den Armen seiner Mutter. Aber für sie ist er nicht tot. Mit aller Kraft, deren ihre Liebe fähig ist, klammert sie sich an die Erinnerung, das Leben, das sie einmal gegeben habe, könne nicht ausgeblüht sein, sei ein Teil ihrer selbst, müsse fortdauern. Wenn der Sohn gestorben sei, so sei es schon vor Jahren geschehen, damals, als er von ihr fortging. Aber das Verachten seiner Augen, das ganze Wesen des geliebten Sohnes seien in ihr lebendig. So lange diese Philosophie einer Mutter einen verzweifeltsten Trost bedeutet, kann der Zuschauer dem Dichter folgen. Pirandello verliert sich aber schließlich in weichen Sphären und gespensterhafte Mystik. Man höre, was in seiner Bühnenanweisung steht: „Die Bühne bleibt einen Augenblick leer; man sieht nur den gespensterlichen Schimmer, der aus dem Zimmer des Toten kommt. Nach einer langen Pause rückt der Stuhl vor dem Schreibtisch ohne das geringste Geräusch langsam nach hinten, als würde er von einer unsichtbaren Hand bewegt. Nach einer weiteren, jedoch kleineren Pause hebt sich die leichte Gardine am Fenster auf einer Seite, als würde

sie von derselben Hand gefaßt, und fällt wieder zurück. (Wer weiß, welche Dinge im Dunkel eines verlassenem Zimmers, in dem jemand gestorben ist, geschehen, ohne daß jemand sie sieht?)“

Hier konnte ich nicht mehr mit. Ich weiß es natürlich auch nicht, aber faniell weiß ich, daß Pirandello, der seiner Tragödie den Titel „Das Leben, das ich dir gab“ verlieh, vergessen hat, seiner Dichtung dramatisches Leben zu geben. Die Tragödie imponiert als philosophischer Essay. Die sehr verständige Regie des Theodor Lagger verfluchte, das unwirkliche Stück lebendig zu gestalten. Dankenswerter Weise verzichtete er ganz auf das mystische Beiwert und wurde dabei unterstützt von Frau Rosa Balletti, die der schmerzreichen Mutter ergreifende Züge verlieh. Es zeugt von der Darstellungskraft dieser künstlerischen Persönlichkeit, daß sie die auf Pathos angelegte Rolle ganz selbstverständlich völlig unparteiisch spielte und damit doch die innigsten Wirkungen erzielte. Verdienste um die Aufführung erwarben sich Helene Weigel, E. Reustädter, Gertrud Kanig und Erika v. Thellmann Dgr.

Das Schicksal der Wiener Volksoper. Die Sanierung der Wiener Volksoper ist nicht in dem Maße geglückt, wie es wünschenswert gewesen wäre. Nimmerehr haben die Mitglieder der Volksoper — es handelt sich ungefähr um 350 Personen — beschlossen, das Theater von sich aus zu eröffnen und auf Leistung zu spielen. Und zwar soll das in der Form geschehen, daß allen Mitgliedern, gleichviel, ob es sich um den ersten Solisten oder um die Gaidobrennfrau handelt, ein Existenzminimum von 5 Schillingen zugesichert wird. Erst wenn die Einnahmen größere Ausgaben zulassen, soll eine Kostung erfolgen.

Die Welt ohne Petroleum in 80 Jahren. Der Inspektor der englischen Kohlenbergwerke, Richard Neumann, der zugleich ein vorzüglicher Kenner der Deftage ist, spricht sich in einem Bericht über die auf der Erde vorhandenen Petroleumvorräte aus. „Ich zweifle“, erklärt er, „ob das Erdöl jemals ein ernsthafter Rivale der Kohle sein wird. Die jährliche Weltzeugung an Öl ist etwa ein Neuntel von der Weltzeugung an Kohle. Nach genauen Schätzungen wird der Petroleumvorrat in Amerika in 12 Jahren bereits sehr beschränkt sein. Ich glaube, daß es in den Vereinigten Staaten in 25 Jahren kein Petroleum mehr gibt. Der Weltvorrat an Öl wird nicht länger als 80 oder 100 Jahre reichen.“

Die Sing-Akademie in Italien. Die Sing-Akademie wird im Februar und März unter Leitung Georg Schumanns mehrere Oratorien der Societa degli Amici de Torino und der Regia Santa dei Caricchi in Rom aufführen. Es sollen in Turin wie in Rom je 4 Konzerte stattfinden.

Der Große Werksim der Ford-Jubiläum wird am Mittwoch, abends 9 Uhr, in der Urania mit Vortrag von Dr. Kurt D. Buse-Dannover noch einmal vorgeführt.

Die Aushandlung Viktor Hartberg. Schneidermeister Nr. 61, zeigt im November mehrere Gemälde von Billy Baezel und plastische Werke von Joseph Thoral.

Der Reichswirtschaftsverband bildender Künstler Deutschlands läßt die Berliner Künstler zu einer in Ausrichtung des Hermannhaus am 5. November, abends 8 Uhr, stattfindenden Demonstration ein, in der die gegenwärtige Lage der deutschen Kunstszene erörtert werden soll.

# Die Fleischpreise.

Was die Lebensmittelpreise angeht.

In den letzten Tagen sind die Preise für Fleisch erfreulicherweise etwas zurückgegangen. Die Lebensmittelpreise möchten die Preise für Fleischfleisch so weit drücken, daß die Verbraucher in der Lage sein werden, an Stelle des Gefrierfleisches nur Fleischfleisch zu kaufen. Selbst wenn ihnen das gelingen sollte, was kaum anzunehmen ist, ist das Gefrierfleisch durchaus nicht überflüssig. Denn es bietet die einzige Möglichkeit, regulierend auf die Fleischpreise einzuwirken.

Die Lebensmittelpreise sind auch selbst nicht dieser Ansicht, denn sonst könnte man es nicht verstehen, daß sie mit allen Kräften eine Erhöhung der zollfrei einzuführenden Gefrierfleischmengen erstreben. Wenn die Lebensmittelpreise sich dauernd darauf berufen, daß ein ziemlich hoher Prozentsatz des Fleisches, das in den Läden zum Verkauf kommt, Qualitätsfleisch sei, das über den amtlich notierten Preisen bezahlt werden müsse, so ist dem entgegenzubringen, daß das über den Notierungspreis verkaufte Fleisch nur zum allgeringsten Teil in die Schlächterläden gelangt; dieses Fleisch wird zum überwiegenden Teil für Hotels und die sogenannten besseren Restaurants gekauft. Wenn aber wirklich in Fleischläden ein derartig hochwertiges Fleisch zum Verkauf steht, so weisen besondere Tafeln auf diese Tatsachen hin. Diese Läden kann man in ganz Berlin mit der Laterne suchen. Ein zweites Argument, mit dem die Lebensmittelpreise die hohen Fleischpreise rechtfertigen, ist ebenfalls irreführend. Sie erklären dauernd, daß der Geschmack des Publikums sehr stark vermindert sei und daß sie in der Hauptsache schmackloses Fleisch — Koteletts und Filets — verkaufen müßten. Das Herausheben dieser Teile aus dem Rind bringe starke, nicht zu verwerfende Fettabfälle mit sich. Dadurch wüchsen die Unkosten und hohe Preise seien die Folge. Es ist schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß ein Rind ungefähr fünf Pfund Filet enthält. Und diese fünf Pfund Filet sollen eine so bedeutsame Einwirkung auf die Preisbemessung haben? Wer's glaubt, zählt 'nen Taler. Die Dinge liegen ganz anders. Durch die hohen Preise ist der Fleischverbrauch zurückgegangen und das bedingt natürlich infolge des geringen Umsatzes hohe Preispannen. Vergroßerte sich der Umsatz, so müßten die Preispannen von selbst auch zurückgehen. Ermöglicht man der arbeitenden Bevölkerung einen höheren Fleischverbrauch, dann wären die Preise, auch in der Höhe, mehr abzulesen. Die Unkosten verteilen sich auf einen größeren Umsatz. Die Preispannen und damit auch die Preise könnten dann geringer werden.

## Und die Kohlenpreise...

Den Kohlenarbeitern sind nach mannigfachen Beschwerden über Schlichtungsinstanzen und Streit Stundenloohnerhöhungen in Höhe von 6 Pfennig bewilligt worden. Wie wir erfahren, steht eine Aktion in Aussicht, die beabsichtigt, diese Lohnerhöhung durch Preisverwertung auf die Verbraucher abzuwälzen. Ist dies schon im Zeichen der Preisabwertung ein Unterfangen, das sicherlich nicht die Billigung des Reichswirtschaftsministeriums finden wird, so möchten wir darauf hinweisen, daß die Lohnerhöhung keinesfalls eine Verwertung der Kohlen rechtfertigt. Seht man als Leistung eines Kohlenarbeiters fünf Zentner in der Stunde an, also mit ungefähr 200 Zentner in der Woche und nimmt die wöchentliche Lohnerhöhung von 5 Mark hierfür in Anschlag, so ergibt sich durch die Lohnerhöhung eine Verwertung des Kohlenpreises um etwa 14 Pfennig für den Zentner. Es ist kaum anzunehmen, daß sich die Kohlenhändler mit dieser Preisverwertung begnügen würden; sie werden wahrscheinlich die Lohnerhöhung zum Anlaß nehmen, um die mehrfach schon abgefragene Schlichtung gegen die Preisverwertung von neuem zu beginnen, ihre Forderung wird sich aller Wahrscheinlichkeit nach 5 Pf. für den Zentner stellen. Aber durch diese Rechnung wird ihnen hoffentlich von dem Reichswirtschaftsministerium ein Strich gemacht werden.

## Der Tod des Pagen.

1000 Mark Belohnung.

Der Tod des Pagen Gerhard Schaepele ist trotz aller Bemühungen der Mordkommission noch nicht aufgeklärt. Heute verhängt die Kriminalpolizei an den Säulen einen Anschlag, um das Publikum erneut zur Mitarbeit zu veranlassen.

Der Anschlag verheißt eine Belohnung von 1000 Mark. Er weist darauf hin, daß Gerhard Schaepele seit dem 1. Oktober verschunden ist und am 28. Oktober bei Seelow als Leiche aus der Havel gefischt wurde. Er war am 1. Oktober nachmittags 2 1/2 Uhr zum Dienstantritt erschienen und ging mit dem Bemerkten wieder weg, er wolle noch eine kleine Belohnung machen. Seitdem fehlt jede Spur von ihm. Als Schaepele am 1. Oktober die Wohnung seiner Pflegsgebern verließ, um sich nach seiner Arbeitsstelle zu begeben, trug er, wie immer, eine Schwaren enthaltende braune Aktentasche. Es ist auffallend, daß er bei der Ankunft im Café diese nicht mehr bei sich hatte. Statt ihrer hatte er ein kleines vieredriges Paket, das in braunes Papier eingewickelt war. Er war ein gut gewachsener Junge, hatte dunkelblondes Haar und braune Augen und trug zuletzt einen ziemlich defekten bräunlichen Jacketanzug ohne Weste. Die Hose ist am Gesäß mit einem großen schwarzen Flecken ausgebeißert. Schaepele trug ferner ein blaues gestreiftes Vorhemd mit Stehumschlag und dunklem Selbstbinder, eine braune Ledermütze mit Schirm und schwarze Schnürstiefel, die Ledermütze, das Paket und die Aktentasche sind bisher nicht gefunden worden. Im wesentlichen kommt es auf folgende Feststellungen an: 1. Wer hat Schaepele am Donnerstag, den 1. Oktober, nachmittags nach 2 1/2 Uhr und insbesondere in der Folgezeit noch gesehen? 2. Wer kann über Personen Auskunft geben, mit denen Schaepele in Beziehungen stand oder über Personen, die seine Bekanntheit suchten? 3. Ist Schaepele in Potsdam, Seelow oder Umgegend gesehen worden? Mitteilungen, die die Behörde auf Wunsch vertraulich behandelt, werden an die Mordkommission Strewe-Pappe, im Zimmer 88 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 463, oder an die nächste polizeiliche Dienststelle erbeten.

## Künster Frauenkursus in Tins.

Die Heimvolkshochschule Tins ladet zur Teilnahme an ihrem fünften Frauenkursus ein. Die Lehrfächer, die im Frauenkursus im Vordergrund stehen, sind: Wirtschaftslehre, Geschichte, Kulturlehre, Gewerkschaftswesen, Erziehungs- und Schulfragen, Wohlfahrtswesen. Aufnahme finden Bewerberinnen im Alter von 18 bis 30 Jahren, die keine höhere als Volksschulbildung genossen haben. Die Bewerberinnen haben an die Schulleitung ein Gesuch und einen selbstgeschriebenen Lebenslauf einzureichen, aus dem neben den allgemeinen Daten über Alter, Staatsangehörigkeit, Berufsausbildung usw. der Bildungsweg und der Zweck, der mit dem Besuch der Schule angestrebt wird, hervorgeht. Das Schulgeld, in dem die Kosten für Wohnung und Verpflegung inbegriffen sind (Bettwäsche ist mitzubringen), beträgt für den ganzen Kursus: für Thüringerinnen 100 M., für die übrigen Reichsdeutschen 125 M., für Ausländerinnen 200 M. Das Schulgeld ist bei Kursusbeginn zu entrichten. Dazu tritt die Verpflegung, durch regelmäßigen Arbeitsdienst (6 Stunden wöchentlich) an der Erhaltung der Schule mitzuarbeiten. Der Kursus beginnt am 15. Januar 1926 und dauert bis 15. Juni 1926. Die Bewerbungen sind spätestens bis Ende November 1925 einzureichen. Die Entscheidung des Lehrerkollegiums über die Aufnahme erfolgt bis Weihnachten 1925.

Ein aufregender Vorfall spielte sich heute vormittag auf dem Bahnhof Klosterstraße ab. Ein Mann, von dem nur der Name Albert Decker bekannt ist, stürzte sich in selbstmörderischer Absicht vor einem einfahrenden Untergrundbahnzug. D. wurden die Füße gerammt und der Brustkorb eingedrückt, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Feuerwehr barg den Toten und schaffte ihn nach dem Schauhaus. Durch den Vorfall trat eine längere Verkehrsparalyse ein.

# „Objektive und subjektive Fälschung.“

Amtsgerichtsrat Dr. Herz fällt ein vernichtendes Urteil über Coßmann.

München, 3. November. (Bd.)

Im Dolchstoß-Prozess saß am Dienstag vormittag der Sachverständige Amtsgerichtsrat Dr. Herz seine gestern begonnenen Ausführungen fort. Der Verlust des Krieges, so erklärte der Sachverständige, ist auf folgende Umstände zurückzuführen: Die Alliierten waren überlegen an Nachmitteln, an Menschen und an Material. Das deutsche Volk wurde durch die Hungerblockade ausgeflogen, während es auf der feindlichen Seite zwar Entbehrungen, aber keine Not gab. Die selbstverständliche Folge war, daß die Friedensfeindlichkeit in Deutschland größer war als bei den Feinden. Eine Revolutionsagitation ist von einem kleineren Kreise betrieben worden.

Die Tätigkeit der Revolutionäre führte aber erst zu einem Erfolg, als die Niederlage offenbar wurde. Die Revolution war eine Folge der Niederlage, nicht die Niederlage eine Folge der Revolution. Voraussetzlich wäre die Revolution vermieden worden, wenn der Kaiser rechtzeitig aus seinem Amte geschieden wäre.

Theoretisch hat die Revolution das Weiterkämpfen verhindert, praktisch wäre aber das Weiterkämpfen ein va-banque-Spiel gewesen, bei dem auf unserer Seite die Chancen gleich Null waren. Der Sachverständige behandelte dann im einzelnen die von der angeklagten Partei aufgestellten Antithesen, denen er zum großen Teil zustimmte. Die politische Führung sei unzulänglich gewesen. Bethmann-Hollweg konnte sich zu keinem Entschluß aufraffen, Michaelis stand zu sehr auf Seiten der Obersten Heeresleitung, während Hertling in der esch-lothringischen Frage zu sehr belastet gewesen sei durch seine frühere Festlegung.

Nicht nur die politische Führung, sondern auch ein großer Teil des Volkes habe nicht erkannt, daß ein Verständigungsfrieden eine sittliche Pflicht sei.

Die in der Antithese Nr. 8 aufgestellte Behauptung, daß ein Sieg der Flotte bei dem beabsichtigten Vorstoß unmöglich gewesen sei, könne nicht absolut behauptet werden. Aus den Zeugenaussagen habe man die Ueberzeugung gewinnen können, daß die militärische Leistung die Möglichkeit eines Flottensieges durchaus für gegeben hielt. Allerdings habe man auch die Ueberzeugung gewonnen, daß neben dieser Hoffnung auf den Sieg die weitere Hoffnung bestand, dadurch einen Einfluß auf den weiteren Verlauf des Krieges zu gewinnen, insofern, als man glaubte, daß dadurch die Waffenstillstandsverhandlungen wieder abgebrochen werden könnten. Zu Gegenhefte 9, die sich mit den Friedensmöglichkeiten befaßt, erklärte der Sachverständige, daß es natürlich schwer zu entscheiden sei, ob ein Verständigungsfrieden zu erzielen war. Er glaube aber, daß bei einer anderen Behandlung der Wilsonschen sowie der päpstlichen Friedensaktion die Möglichkeit vorhanden war, zu Friedensbesprechungen zu kommen.

Die Schuld an dem Mißlingen der Friedensverhandlungen trage nicht allein die Oberste Heeresleitung. Die Wilsonsche Friedensaktion scheiterte daran, daß der U-Bootskrieg erklärt wurde.

Bei der päpstlichen Friedensaktion wirkte sich der Kanzlerwechsel verhängnisvoll aus. Die Friedensaktion wurde dann durch Michaelis dilatorisch behandelt. Zweifelsohne war im ganzen Jahre 1917 und bis zur großen Offensive 1918 eine starke Friedensstimmung sowohl auf englischer wie auf französischer Seite vorhanden. Die esch-lothringische Frage ist von England offiziell erst sehr spät ausgenommen worden. Später proklamierte Lloyd George esch-lothringen als Kriegsziel. Der Kardinalpunkt der Friedensfrage blieb Belgien. Es war ein Fehler, daß man in Deutschland glaubte, Belgien als eine Friedensbedingung für die Verhandlungen in der Hand behalten zu können. Festgestellt muß werden, daß die Anregung zu der Wilsonschen Friedensaktion von Deutschland ausging. Zur Gegenhefte 10, die die 164 Goldmillionen Kurt Eisners betrifft, stellt der Sachverständige fest, daß die Angelegenheit der Eisnerschen Gelder

nicht geklärt sei. Daß die Münchener Judenchaft 164 Millionen für Bahzwecke aufbringen konnte, sei sehr unwahrscheinlich. Auch von russischer Seite seien so hohe Summen niemals ausgezahlt worden. Die Gegenhefte 13, die darauf hinweist, daß die Reichsregierung über die katastrophale Lage an der Front im Unklaren gelassen wurde, verwarf der Sachverständige nach dahin, daß die Reichsregierung sogar in falsche Kenntnis von der Obersten Heeresleitung gesetzt worden sei.

Bezüglich des U-Boots-Krieges müsse festgestellt werden, daß die Leistungen der U-Boote im Krieg gegen England von der Marine richtig eingeschätzt wurden. Falls eingeschätzt habe man jedoch die Wirkungen, die die Verletzungen auf die englische Wirtschaft ausübten. Helfferich, der sich ursprünglich gegen den U-Boots-Krieg gewandt hatte, sei immer der Warner gewesen, daß der U-Boots-Krieg Englands Wirtschaftslage nicht verschlechtern, sondern verbessern werde.

Die Verhandlungen von Brest-Litovsk haben durch die Schwere der Bedingungen nach innen und außen katastrophal gewirkt. Auch die Propaganda der Udeutschen wirkte verzerrend. Sie kam insbesondere den Linksrädern zu gute.

Der Sachverständige wandte sich hierauf den einzelnen Dolchstoß-Artikeln der „Süddeutschen Monatshefte“ zu. Der Sachverständige bezeichnete eine Reihe von Stellen in den Dolchstoß-Heften als falsch, insbesondere jene über die Gewerkschaften, über das Auftreten Haases am 23. Oktober 1918 im Reichstag, wo er die Revolution von der Tribüne herab verurteilt haben soll, über die Unruhen in Frankreich. Der Sachverständige fuhr dann fort:

Coßmann spricht von Vorbereitung der Revolution, prüft aber nicht, ob der Zusammenbruch überhaupt auf Unterwürfung, Revolution usw. zurückzuführen ist.

In den Gründen für den Zusammenbruch ist bei Coßmann verlesen die Ueberlegenheit der Entente an Menschen und Material und weiter die Hungerblockade, und wenn in den Dolchstoß-Heften gesagt wird, Revolution sei gleich Dolchstoß, so muß zuerst die Frage gestellt werden, ob Revolution überhaupt gemacht werden kann. Man kann Butsche machen, man kann Revolutionen von oben mit der Macht des Staates machen, aber eine Revolution gegen die Macht des Staates außer einem Ansturz von unten kann man nur machen, wenn die Machtmittel des Staates so morsch sind, daß sie unterliegen müssen. Man kann auch Gegenrevolutionen machen, wenn die Machtmittel der Revolution nicht stark genug sind. Das Wort, daß Revolutionen nicht die Schuld der Revolutionäre, sondern die der Regierungen sind, die berechnete Forderungen nicht rechtzeitig erfüllt haben, ist richtig. Die „Süddeutschen Monatshefte“ bringen wesentlich Falsches, schiefe Darstellungen und Verzerrnisse. Die Veröffentlichungen der „Süddeutschen Monatshefte“ sind eine Anklage.

Von einer historischen Wahrheit kann nicht mehr die Rede sein, wenn die „Süddeutschen Monatshefte“ den Anspruch, ein politisch-historische Zeitschrift und nicht eine politische Agitationschrift zu sein, machen.

Aber wenn sie lediglich den Anspruch erheben, eine politisch-agitorische Zeitschrift zu sein, dann ist es eine Frage der Robustheit des Gewissens, wie weit man in Agitationschriften gehen kann. Ich glaube, daß man auch bei der politischen Arbeit nicht das Gebot übertreten kann: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden. Eine objektive Fälschung liegt in den Dolchstoß-Heften vor und es fragt sich weiter, ob auch eine subjektive Fälschung gegeben ist. Ich glaube, daß sich in den Dolchstoß-Heften drei Beweise finden dafür, daß bewußt gefälscht worden ist. Nach diesen drei Beispielen, die der Sachverständige näher darlegte, muß auch eine subjektive Fälschung angenommen werden, da Coßmann im politischen Leben gestanden hat und viele Dinge, die er behauptet hat, besser wissen mußte.

## Auf Linie 69.

Die hereingefallenen Taschendiebe.

Am 2. Juli saßen zwei Kriminalbeamte vom Taschendiebbegrenat zwei ihnen bekannte Taschendiebe in Begleitung eines dritten Unbekannten aus einem Verbrecherteller in der Nähe des Alexanderplatzes kommen und auf einen Wagen der Linie 69 steigen. Da auf dieser Strecke in der letzten Zeit zahlreiche Taschendiebstähle vorgekommen waren, nahmen sie sofort die Verfolgung der Verdächtigen auf.

In der Kaiseralle wechselten die drei wiederholt die Wagen der Linie 69 und auch die Richtung, wurden aber weiter von den Beamten teils zu Fuß, teils in den Wagen selbst und zeitweise auch im Auto verfolgt und beobachtet. Die drei sprachen während der Fahrt und auch an den Haltestellen nichts miteinander und taten so, als ob sie nicht zusammengehörten. Plötzlich verließ der eine von ihnen, der „Arbeiter“ Herbert Grümacher, den Wagen und sprang auf einen in der Fahrt begriffenen Straßenbahnwagen nach der entgegengesetzten Richtung. Der Kriminalbeamte Schimmaß sprang ihm sofort nach, nahm ihn fest und sagte ihm geradezu auf den Kopf, er soll die beiden gestohlenen Uhr herausgeben. Grümacher war so verblüfft, daß er auch sofort eine goldene Uhr hervorholte. Inzwischen hatte der andere Beamte schon festgestellt, daß in dem Wagen der Linie 69 einem Arzt die Uhr gestohlen worden war. Der zweite Taschendieb, der „Kaufmann“ Walter Conrad, den er festnehmen wollte, leistete heftigen Widerstand, so daß es dem dritten von der Bande gelang, unerkannt zu entkommen. Die beiden Festgenommenen wollen ihn nur unter dem Namen „Lipe“ kennen. Von den übrigen Taschendiebstählen auf der Linie 69 konnte nur Grümacher und auch nur in einem Falle die Täterschaft nachgewiesen werden, da der Beschleune ihn als denjenigen wiedererkannte, der in dem Gedränge des Wagens ihn in ein Gespräch gezogen und dabei ein künstliches Gedränge, das zu dem beliebtesten Trick der Taschendiebe gehört, verursacht hatte. Das Schöffengericht Charlottenburg hatte die beiden Angeklagten zu 4 und 2 Jahren Zuchthaus wegen Bandendiebstahls verurteilt. In der Berufungsverhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts III bestritten die Verteidiger, daß die beiden Taschendiebe bandenmäßig arbeiten, da jeder für sich operiere. Das Gericht folgte auch in diesem Punkte der Auffassung der Verteidigung und setzte die Strafen herab. Bei dem schon vielfach vorbestraften Grümacher erfüllte das Gericht jedoch nicht dessen Bitte, ihn nur zu Gefängnis zu verurteilen. Er erhielt 2 Jahre Zuchthaus, Conrad kam mit einem Jahr Gefängnis davon.

Abspiringen — verunglückt! Die üble Sitte des Abspiringens von einer in voller Fahrt befindlichen Straßenbahn ist wieder von einem schwerwiegenden Fall, der aber noch nicht der letzte sein dürfte, bereichert worden. Daß alle Warnungen der Presse und auch der Straßenbahnverwaltung, die sogar durch Warnungstafeln, die in den Straßenbahnwagen aufgehängt, an der Vermeidung von Unfällen mitzuarbeiten verucht, scheinbar nur in den Wind geblasen sind und nicht beachtet werden, beweist die erschreckende Zunahme von Straßenbahnunfällen beim Aus- und Abspiringen. Gerade weltliche Fahrgäste, die allen Grund zu größter Vorsicht hätten, sind in letzter Zeit überfahren und teils getötet oder schwerverletzt worden. So verunglückte am Montagabend kurz vor 12 Uhr die vierjährige Emilie Bellinow, wohnhaft Kurfürstendamm 136, in der Tauentzienstraße vor dem Triebwagen der Linie 70 abspiringen.

Ein Bogen des Städtischen Rettungsamtes brachte die Schwerverletzte nach dem Elisabethkrankenhaus, wo ein schwerer Schädelbruch festgestellt wurde. Der Zustand ist bedenklich.

Martha Tich gestorben. Wieder ist eine von den Alten dahingegangen. Ihre ruhige Tätigkeit für die Aufklärung der Proletarierinnen soll unvergessen bleiben. In jungen Jahren war sie zunächst in Dresden im Verein der Schaffarbeiter organisiert. Als Genossin Kahlrad kennen sie die alten Mitglieder der Partei, als sie mit ihren Gatten hier in Berlin mit den Genossinnen Thier, Stegemann, Dr. Hofmann, Ottilie Baader u. a. unter dem Sozialistengehege eine eifrige Förderin unserer Ideen war. Der Metallarbeiterverband, dem sie lange Jahre angehörte, hatte in ihr eine tatkräftige Kollaboratorin. Eine viermonatliche Gefängnisstrafe erlitt sie, nachdem sie in einer Verleumdung die Zustände der Gewerbeinspektion getadelnd geäußert hatte. Bei dieser Gelegenheit soll sie einen Gemeindepinseltor beleidigt haben. Vor sechs Monaten erlitt sie einen Schlaganfall und befand sich bereits auf dem Wege der Besserung, als am Sonntag ein erneuter Schlaganfall ihrem arbeitsreichen Leben, ein rasches Ende bereitete. Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 5. November, abends 8 Uhr, im Krematorium Gerichtsstraße statt.

## Das erste Wasserkraftwerk im Saargebiet.

Saarbrücken, 3. November. Das erste Wasserkraftwerk des Saargebietes bei Reblach, das im Jahre 1924 begonnen wurde, geht in den nächsten Tagen seiner Vollendung entgegen. Die Anlage besitzt ein Staubecken für sechs Millionen Kubikmeter Wasser und wird eine jährliche Kraftleistung von 25 Millionen Kilowattstunden liefern.

## Frankreichs täglicher Eisenbahnunfall.

Paris, 3. November. (EP.) In der Nähe von Liz entgleiste gestern nachmittags ein Zug. Ein Wagen dritter Klasse überschlug sich, wobei sämtliche Insassen, zehn an der Zahl, mehr oder weniger schwere Verletzungen davontrugen.

Orgelkonzerte im Dom. Das nächste Orgelkonzert von Prof. Walter Fischer findet am Donnerstag, den 5. Nov., 8 Uhr, im Dom statt. Es werden mit: Käthe Raboth, Sopran, und Eva Liebenberg, Alt. Programm 50 Pf. berechtigt zum Eintritt.

Topographie! Die Wohnungsliste am heutigen Dienstag muß um 7 1/2 Uhr beginnen. Chorleitung: Alexander Weinbauer. Münchener Gesangverein oder Sänger in Ehrenpflicht.

## Groß-Berliner Parteienachrichten.

74. Abt. Zehlendorf. Die für heute angekündigte Kundgebung der SPD aus und findet heute am Freitag, den 5. November, abends 7 1/2 Uhr, statt. Bericht über die Sitzung der Schiedskommission. Die Kundgebung muß bestimmt und pünktlich erfolgen.

Junglegenheiten: Spitzelgemeinshaft. Gräueltaten und Grausamkeiten, die sich bei der Auflösung von zwei Gruppen aus Tatters „Wahlkreis“ bei der Revolutionäre der Partei am Montag, den 3. November, vollzogen wurden, werden an der Tribüne am Montag, den 3. November, öffentlich abgemittelt. 6 1/2 Uhr, im großen Saal der „Neuen Welt“. Gedenkreise, teilzunehmen — Der Arbeitsrat.

Revolutionäre Gemeinschaft der Arbeiter in Groß-Berlin. Mittwoch, den 4. Nov., abends 8 Uhr, Vortragsabend im Jugendheim, Lindenstr. 2, II. Hof, III. Tr. Inauguration: Bericht über den Reichstagsbeschluss in Tatters und die Reichsregierung in Tatters. — Beschlüsse.

# Gewerkschaftsbewegung

## Beamtenstreik in Oesterreich.

### Beschluß der Beamtenvereine.

Wien, 3. November. (WLB.) Der Exekutivrat der Bundesbeamtenvereine hat beschloffen, das Angebot der Regierung als ungenügend abzulehnen und den Beamtenstreik, beginnend am 5. November, zu proklamieren. Vom Streik sind nicht betroffen, die staatlichen Betriebe, wie Eisenbahn, Post, Telegraph. Ausgenommen sind ferner jene Betriebe, deren Arbeit für die Bevölkerung lebenswichtig sind, so Polizei, Gendarmerie, Justiz, Ärzte, Apotheker und ein Teil der Zollbeamten.

### Auch die Bäcker streiken.

Wien, 3. November. (Eigener Drahtbericht.) Am heutigen Tage beginnt in ganz Oesterreich der Streik der Bäcker- und Brotfabrikangestellten. Der Beschluß, in den Zustand zu treten, wurde von den Bäckerarbeitern am Montagabend einmütig gefaßt, da das Lohnneigungsamt sich nicht entschließen konnte, sofort eine Entscheidung in der Streitfrage herbeizuführen.

## Die Arbeitszeitpolitik des Reichsarbeitsministeriums.

### Uchteinhalb Stunden für Feuerarbeiter.

In dem Kampf in der Glasindustrie fanden am 29. Oktober im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Wöhrst statt. Es handelt sich bekanntlich in der Hauptsache um die Arbeitszeit und die Löhne. Es kam schließlich zu einem Schiedsspruch, in dem es heißt:

„Die Arbeitszeit der in den Glashütten beschäftigten Arbeitnehmer darf 8 Stunden täglich und 48 Stunden wöchentlich nicht überschreiten. Während der Dauer der gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftsverhältnisse und bis zum Inkrafttreten einer einmaligen gesetzlichen Regelung, längstens bis zum 30. April 1926, darf in den Glashütten nach Anhörung der Betriebsleitung a) für die mit der Verarbeitung der Glasmasse vor dem Ofen beschäftigten Arbeitnehmer eine Ueberarbeit von einer halben Stunde, b) für die übrigen Arbeitnehmer eine Ueberarbeit von einer Stunde stattfinden. Für die Zeit nach dem 30. April 1926 bis zum 31. August 1926 verkürzt sich die nach Satz 1 zulässige Ueberarbeit für die oben unter a) genannten Arbeitnehmer auf eine Viertelstunde. Für die Gruppe I des Schutzverbandes Deutscher Glasfabriken verbleibt es hinsichtlich der Ueberarbeit der nicht am Ofen beschäftigten Arbeitnehmer bei der bisherigen Regelung. Für die Ueberarbeit ist ein Lohnzuschlag von 10 Proz. zu gewähren. Diese Arbeitszeitregelung kann mit vierwöchentlicher Frist, frühestens bis zum 1. September 1926, geändert werden.“

Praktisch bedeutet das in Wirklichkeit die achteinhalbstündige Arbeitszeit für die Feuerarbeiter und die neunstündige Arbeitszeit für die übrigen Arbeiter. Vom 1. April ab bleibt es für die nicht am Ofen beschäftigten Arbeiter auch weiter bei der neunstündigen Arbeitszeit, während die Feuerarbeiter die Arbeitszeit um eine Viertelstunde gekürzt bekommen.

Dah gerade die Arbeit an den Ofen eine äußerst gesundheitsgefährliche ist, darüber bestand schon vor dem Kriege keine Meinungsverschiedenheit. Auch darüber, daß für diese Arbeiter der § 7 der Arbeitszeitverordnung in Betracht kommt, kann es keine Meinungsverschiedenheit geben. Es ist bezeichnend für den Geist, der im Reichsarbeitsministerium herrscht, wenn man es wagt, zwei Jahre nach Veröffentlichung der Arbeitszeitverordnung noch einen derartigen Schiedsspruch zu fällen. Im übrigen denkt man im Reichsarbeitsministerium gar nicht daran, etwa den Unternehmern der Glasindustrie unangenehm zu werden, indem man die Bestimmungen des § 7 der Arbeitszeitverordnung auch durchführt. Die Art und Weise von den gegenwärtigen schwierigen Wirtschaftsverhältnissen ist eine faule Ausrede, die man gedankenlos den Unternehmern nachredet.

Seit über sieben Wochen stehen die Glasarbeiter im Kampf, weil sie den gesetzlichen Achtstundentag durchsetzen wollen und insbesondere mit den Bestimmungen des Schiedsspruches vom 31. August nicht zufrieden sind. Der Schiedsspruch vom 29. Oktober bleibt aber noch hinter dem Schiedsspruch vom 31. August zurück. Damals wurde eine Lohnerhöhung von 6 bzw. 8 Proz. ausgesprochen. Der letzte Schiedsspruch reduziert auch diese völlig ungenügende Lohnerhöhung auf 4 resp. 6 Proz. und enthält noch andere Lohnverschlechterungen.

Die Glasarbeiter nehmen heute zu dem Schiedsspruch Stellung in einer Urabstimmung. Im Reichsarbeitsministerium rechnet man in Uebereinstimmung mit den Unternehmern offenbar darauf, daß die Glasarbeiter, durch den langen Kampf müde gemacht, dem Schiedsspruch zustimmen werden. Gesetzliche Verpflichtungen und die öffentliche Meinung spielen für die hohe Bureaucratie, die unter dem Schutze des Herrn Dr. Brauns arbeitet, keinerlei Rolle. Wenigstens vorläufig unter der Rechtsregierung nicht.

## Es hat gefessen.

Da die kommunistische Presse die bedeutsame Resolution, die der Vorstand der kommunistischen Partei Rußlands über die Arbeit in den Gewerkschaften vor zwei Wochen faßte, ihren Lesern vorenthielt, stellen wir es für nützlich und notwendig, diese Bude auszufüllen. Darüber ist nun die „Rote Fahne“ sehr erlot. Wir haben weiter aus derselben Nummer des „Trud“ vom 17. Oktober einen Artikel des Führers der russischen Metallarbeiter Kojalew veröffentlicht. Beide Äußerungen stimmen darüber überein, daß die russischen Gewerkschaften, die von der kommunistischen Partei zu allen möglichen politischen und administrativen Aufgaben mißbraucht wurden, dadurch ihre eigentlichen Aufgaben vernachlässigt haben.

Warum ist die „Rote Fahne“ über diese Veröffentlichung wichtiger kommunistischer Rundgebungen aufgebracht? Sehr einfach deshalb, weil die RPD. in derselben Weise die deutschen Gewerkschaften von ihren eigentlichen Aufgaben ablenken möchte. Mit Gewalt möchte sie z. B. die Berliner Gewerkschaften ihre wirtschaftlichen Aufgaben vernachlässigen und sich der Gemeindepolitik widmen lassen.

Was wäre damit erreicht? Die Gewerkschaften werden wahrscheinlich weder eine gute Gemeindepolitik, noch eine gute Gewerkschaftspolitik betreiben können. Da in politischen Fragen die Ansichten der Gewerkschaftsmitglieder notwendig auseinander gehen, wurde auch die größte Uneinigkeit in die Gewerkschaften hineingetragen werden. Das Ziel der RPD. in der Gewerkschaftspolitik ist die Spaltung und Schwächung der Gewerkschaften, um so die gespaltenen und geschwächten Gewerkschaften in den Dienst der RPD. zu zwingen. Da wir diese Absicht aufgedeckt haben und die verheerenden Folgen der kommunistischen Politik aufgezeigt haben an den Ergebnissen in Rußland, ist die „Rote Fahne“ darüber sehr verärgert. Was wir mit Befriedigung feststellen.

## Sanierung auf Kosten der Arbeiterschaft.

Die zum Konzern gehörige Firma Siod. Kaiser geht nach der erfolgten Sanierung des Konzerns dazu über, die Arbeiterlöhne teilweise bis zu 30 Proz. zu kürzen. Nicht genug damit, daß zur Sanierung ein starker Prozentsatz der Belegschaft entlassen wurde, will man sich jetzt auf Kosten der Arbeiter über die Gefährde hinwegsetzen.

Bei den Verhandlungen, die wegen der Empörung der Belegschaft mit dem Metallarbeiterverband und Verkehrsband gepflogen wurden, machten die Firma sowohl wie auch die Konzernvertreter keine klaren Angaben über die geplanten Betriebs einschränkungen und Lohnreduzierungen. Es wurde nur immer betont, daß die Produktion nicht rentabel genug sei und einzelne Fabrikate sogar mit Verlust verkauft worden seien. Weiter hätten auch einzelne Hochverdiener bewiesen, daß die Arbeiterlöhne zu hoch kalkuliert seien.

Die Belegschaft nahm zu den Dingen in einer Betriebsversammlung am Montag Stellung. Bergmann vom Betriebsbund sowie Lehmann vom DMB. beleuchteten die Schwierigkeiten bei der Sanierung und die Lage der Arbeiter im Konzern und der Gesamtwirtschaft. Sie wiesen aber auch darauf hin, daß einen erheblichen Teil der Schuld an diesem Vorgehen der Firma die Belegschaft treffe. Die zahlreichen, von einzelnen Arbeitern geleisteten Ueberstunden, die rücksichtslose Akkordschufterei, das Arbeitsstehen vieler von ihrer Organisation, die Organisationszerstückelung und dergleichen mehr haben die Firma ermuntert, so gegen ihre Belegschaft vorzugehen. Sie wiesen dann die Angriffe des Vertreters des „Industrieverbandes“ Müller zurück, der das Mittel der „Angriffe auf den ganzen Linie“ pries und dabei vergessen hatte, daß bis zum Beginn eines solchen Kampfes die Arbeiter bei Stroh verhungert seien. Sie erklärten im Namen ihrer Verbände, die Belegschaft in jeder Situation zu unterstützen und zu keinem Lohnabbau die Hand zu bieten.

Nach einer ausgedehnten Diskussion beschloß die Versammlung, heute im Betriebe eine Urabstimmung darüber vorzunehmen, ob dem Vorgehen durch Streik oder Verhandlungen mit den Organisationen begegnet werden soll.

## Ausperrung wegen des Achtstundentags.

Dortmund, 2. November. (WLB.) In dem Lohnstreit der Metallindustrie des Bezirkes Hagen-Schwelm sind zwei Schiedssprüche gefällt worden. Die Arbeiter haben diese abgelehnt, während der Arbeitgeberverband den Schiedsspruch über die Arbeitszeit und die Löhne angenommen hat. Von den Arbeitgebern ist die Verbindlichkeitserklärung beantragt worden. Da das Arbeitszeitabkommen Ende Oktober abgelaufen war, haben die Arbeiter heute nur acht Stunden gearbeitet. Der Arbeitgeberverband hat vom § 3 des Arbeitszeitgesetzes Gebrauch gemacht und hat für den Monat November von sich aus die Arbeitszeit verlängert. Die Arbeiter sind dem jedoch in großer Zahl nicht gefolgt, so daß heute etwa 1000 Arbeiter fristlos entlassen wurden.

## 8000 Textilarbeiter ausgesperrt.

Hannover, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Lohnverhandlungen in der hiesigen Textilarbeiterschaft führten zu keinem Ergebnis. Infolgedessen kam es, wie wir bereits angekündigt haben, am Montag zur Aussperrung von etwa 8000 Textilarbeitern.

## Schiedsspruch in der westdeutschen Kanalschiffahrt.

Dortmund, 3. November. (WLB.) In dem Lohnstreit der westdeutschen Kanalschiffahrt wurde heute unter dem Vorsitz eines Ver-

reters des Reichs- und Staatskommissars ein Schiedsspruch gefällt, der das alte Lohnabkommen mit Wirkung ab 1. November 1925 mit der Maßgabe wieder in Kraft setzt, daß die in § 1 sowie in § 2 unter a und b festgesetzten Löhne und Vergütungen um 5 Proz. erhöht werden. Die Erklärungsfrist läuft bis 9. November mittags 12 Uhr.

## Verhandlungen in der chemischen Industrie.

Frankfurt, 2. November. (WLB.) Um eine Einigung im Lohnkampf in der chemischen Industrie herbeizuführen, hat das Reichsarbeitsministerium die Parteien auf Donnerstag, den 5. November, zu einer Aussprache nach Berlin geladen.

## „Nicht tragbar“.

Bremen, 2. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Bezirk Nordwest des Verbandes der Staats- und Gemeindearbeiter richtete an den zuständigen Arbeitgeberverband eine Forderung auf Erhöhung der Löhne, da der bisherige Wochenlohn gegenüber dem Wochenlohn des Jahres 1914 um 12 R. niedriger ist. Die Bezirkschiedsstelle hat die Lohn-erhöhung abgelehnt, da sie von Staat und Gemeinde angeblich nicht getragen werden kann. Die Arbeitnehmer beschloffen daraufhin, den Zentralausschuß in Berlin um seine Entscheidung anzurufen und gegebenenfalls den Streik zu proklamieren.

Sämtliche am Tarifvertrag beteiligten vier Bergarbeiterverbände haben nunmehr den vom Schiedsgericht für den Ruhrbergbau gefällten Schiedsspruch für den Ruhrbergbau angenommen und beim Arbeitsministerium seine Verbindlichkeitserklärung beantragt.

## Aus der Partei.

### Deutschösterreichische Parteiarbeit.

Am 13. ds. beginnt in Wien der Parteitag. Dem ausführlichen Bericht des Parteivorstandes über das verlossene Geschäftsjahr entnehmen wir folgendes:

Zwar hat die Parteioorganisation in der Provinz Einbußen zu verzeichnen, die auf die schwere Dauerkrise zurückzuführen sind, aber in Wien, wo fast ein Drittel der ganzen Bevölkerung des Staates wohnt, ist die Zahl der Parteimitglieder von 266 415 auf 301 477 gestiegen. Man vergleiche nur diese Stärke der sozialdemokratischen Organisation in der Zweimillionenstadt mit den Organisationsverhältnissen im Deutschen Reich und auch in anderen Ländern, um sofort zu erkennen, daß die deutschösterreichische Partei heute an innerer Stärke und Rührigkeit vorbildlich ist. Werdings bietet in Wien die politische Organisation den Mitgliedern für ihre Beiträge sozusagen auch materielle Gegenleistungen, indem sie ihnen jeden Monat gratis die illustrierte Zeitschrift „Der Sozialdemokrat“ zufließt und ihnen durch die Kunststelle der Wiener Partei Theaterbillets zu den besten Vorstellungen aller Bühnen mit großer Preisermäßigung verschafft. Eine Volksbühne mit eigenem Haus wie Berlin hat Wien dagegen noch nicht; endlich erhalten die Wiener Parteimitglieder jedes Vierteljahr gratis eine Broschüre. In Wien ist heute jeder dritte Erwachsene Mitglied der Sozialdemokratischen Partei!

Die Zahl der weiblichen Parteimitglieder ist in ganz Deutschösterreich gestiegen, und zwar von 154 190 auf 165 004, wovon 93 982 in Wien leben. Dagegen wird die Mitgliederzahl der Jugendorganisationen mit 28 541 in 280 Gruppen als zu gering betrachtet.

Die Parteipresse besteht aus den Tagesblättern in Wien, Linz, Salzburg, Innsbruck, Graz und Klagenfurt, sowie einer Anzahl nicht täglich erscheinender Zeitungen. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ hat eine Wochenaufgabe von 99 000, am Sonntag bedeutend mehr. Diese gewaltige Verbreitung ist stark gefördert worden durch das billigere Betriebsabonnement, bei dem die Zeitung in den Betrieb geliefert und dort das Bezugsgehalt eingezogen wird. Das bedeutet natürlich eine große Ersparnis an Trägerlohn.

Das sehr umfangreiche Bildungswesen wird im nächsten Jahr getront werden durch die Eröffnung der Arbeiter-Hochschule in eigenem Gebäude, wofür die Mittel aus dem Verkauf der großen Hammerbrotwerke genommen werden. Dem Stand der Parteioorganisation entspricht die Entwicklung der Gewerkschaften, der Genossenschaften, der Sport- und Kinderfreundeorganisationen und, nicht zu vergessen, des „Republikanischen Schutzbundes“, jener rein sozialdemokratischen Abwehrtruppe reaktionärer Uebergriffe, die mit dem „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in freundschaftlichem Verhältnis steht.

Die deutschösterreichische Sozialdemokratie ist durch die politischen Verhältnisse im damaligen Österreich vor der Spaltung um Kriegskredite bemahrt geblieben. Dadurch ist die Rostauer Spaltungsarbeit viel wichtige Vorarbeit entgangen und trotz der sehr schlimmen Kriegsjahre, die Deutschösterreich nach Kriegsende und jetzt wieder dank der Seipel-Völkerverbündlichen „Sanierung“ durchmachen mußte, haben es die Kommunisten zu erdenschwerer Bedeutung nicht bringen können.

Verantwortlich für Politik: Graf Krater; Wirtschaft: Viktor Gaterbauer; Gewerkschaftsbewegung: Fritz Götzer; Freizeitsport: R. G. Richter; Boten und Sonntags: Fritz Kersch; Anzeigen: Ed. Glöckl; Familien in Berlin, Verleger: Hermann-Berger & Co. m. b. H., Berlin, Brand: Hermann-Berger und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

# Großer Teppich-Verkauf im Teppich-Groß-Lager am Mittw. 4., Donnerst. 5., Freit. 6. u. Sonnab. 7. Ständiges Lager, ca. 1000 Teppiche

Brücken, Vorlagen, Tisch- u. Diwan-Decken, Läuferstoffe, erstklassige Fabrikate zu billigen Engros-Listenpreisen.

Viele einzelne Muster-Teppiche auch in großen Exemplaren ca. 40% ermäßigt.

350x450, 350x500, 400x500, 600x800

Nachstehend einige Beispiele der billig. Preise: Impt.-Boussis-Teppiche 200x300 27.00, 250x350 48.00, Deutsche Perser-Teppiche 200x300 39.00, 250x350 58.00, 300x400 87.00, Tourney-Velours 200x300 147.00, Axminster Pr. 200x300 82.00, 300x400 153.00 usw. Brücken 90x180 9.00, 12.00, 14.50, 18.00, 29.00. Vorlagen, dauerhafte Qualität 3.50, 5.10. Große Diwandecken 9.00, 15.00, 19.00 und in Pisach-Quantität 26.00 und 39.00.

Größtes Teppichlager. Seit 30 Jahren in Berlin-Schöneberg, nur Hauptstraße 5. Bitte Hausnummer zu beachten.

### FLORA

Varleté  
täglich 8 Uhr  
11 erstklassige  
Attraktionen

### Metallobjekte

Erstklassig, Handverarbeitet

### BALL

Gr. Frankfurt Str. 47  
gegenüb. Markowstr.  
Reparaturen 67-  
rußen Alex. 3196

### Inferieren

bringt ESPOLO!

## Küchen

Riesen-Auswahl, enorm preiswert

Auswahl-Küche	mit	ausgest.
Auswahl-Küche	mit	130 R.
Auswahl-Küche	mit	150 R.
Auswahl-Küche	mit	215 R.
Auswahl-Küche	mit	35 R.

### Möbeldruck-Fabrik

Laserstein, Ludow. Straße 1  
Ecke Oranienstr., nahe Hauptplatz

### Zeugen gesucht!

Verfahren, die Kaugenzeugen bei  
Auto-Unfälle am 18. 19. 25.  
abends 10<sup>00</sup> ca. in der Hauptstr. un-  
weit Bellevue vor der Tischgum-  
baller waren, werden gebeten, sich  
umgehend in der Kanzlei des  
Herrn Hoyer, Bismarckstr. 61  
zu melden. [11/4]

### Besonders

wirkungsvoll die  
Kleinen Anzeigen  
in der Gesamt-Anlage  
des Vorwärts und trotzdem  
billig!

### Rheumatismus

ihm schmeichelt, Gena  
Gliederreiben, Gicht,  
Muskel- und Gliederschwäche, Brust- und  
Rückenschmerzen, Geschwulst um, wird  
mit großen Erfolg behandelt mit  
Jahren als sorgfältig erprobtem

### Verb. Burgunder-Peppflaster

Stück 1 R., bei 8 Stück 7 R., frei Haus  
bei allen Kauf bei  
Berlin N 51.  
Judenstraße 41, Fernspr. Humboldt 3121.

### Arthur Mothes,

Schlesinger.

### Pelzwaren

kaufen Sie gut und billig  
Berlin, Neue König-  
straße 21, 2 Treppen.

### Korbmöbel! Sonderangebot!

An Private zu Engrospreisen.  
Eigene Fabrikate in gedie. enen  
Ausführungen kaufen Sie in  
großer Auswahl und billig bei

### Wnhelm Schulze

Königsplatz 12, Hof part.  
Nähe Hackescher Markt  
Zahlungsvereinfachung  
Telephon: Alexander 4112

### Trauerpenden

jeher Sie  
lesen preiswert:  
Paul Gellert,  
Karlshorst, Berlin  
Mariannenstr. 3  
Telephon 10898

### Stottern

Heilung!  
Dauererfolg!  
Ganz neues System!  
Vollst. frei. G. Hädel  
Wilmersdorf, Braun-  
schweigstr. 67. 18

### Neuerschienen:

## Abreißkalender 1926

Preis 2.- R. M.

## Kinderland 1926

Preis 1.25 R. M.

Zu haben in allen Vorwärts-Expeditionen, in  
der Buchhandlung J. H. M. Diez Nachfolger,  
Lindenstr. 2 und in der Vorwärts-Buchdruckerei,  
Lindenstraße 3, 4. Hof, 3 Treppen im Kontor.

## Sind Sie krank?

So beachten Sie unsere, an 300 000 Berliner Familien  
gratis zur Abhilfe gelangende 40 Seiten starke  
Broschüre:

### Herbakalaja,

eine neue Richtung in der Heilkunst.

Das Büchlein ist in kranken und gesunden Tagen  
ein Hauschatz für jede Familie.  
Machen Sie einen Versuch mit den durch ihre  
außordentliche Wirkung schnell bewirkt gewordenen

### Herbakalaja-Tabletten,

der erfolgreichsten biochemischen Kräuterheilmethode

Erhältlich in allen Apotheken  
wo nicht, erfolgt Nachweis durch uns.

### Korbkalaja-

Heilmittel-Vertriebs-G. m. b. H.  
Linkstr. 11. V. : Telephon: Lützow 642, Oliva 6991.

## Kopp & Joseph's

### Kräuteranzbranntwein

Überall erhältlich  
Fabrik Berlin W